

Prätendentenstreitigkeiten als Kehrseite der Begünstigtenordnung von Art. 20a BVG

Klagen nicht auszuschliessen

Die Begünstigtenordnung von Art. 20a BVG gibt den Vorsorgeeinrichtungen die Möglichkeit, Hinterbliebenenleistungen an einen weiteren Kreis von mit einem Verstorbenen verbundenen Personen auszurichten. Ob jemand die entsprechenden Anforderungen erfüllt, bedarf zuweilen der gerichtlichen Klärung.

Anspruch auf Hinterlassenenleistungen haben der überlebende Ehegatte (Art. 19 Abs. 1 und 2 BVG), dem unter den in Art. 20 BVG 2 umschriebenen Voraussetzungen auch der geschiedene Ehegatte (Art. 19 Abs. 3 BVG) sowie die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner (Art. 19a BVG) gleichgestellt sind, und für die in Art. 22 BVG umschriebene Dauer dessen Waisen und Pflegekinder, für deren Unterhalt er aufzukommen hatte (Art. 20 BVG). Darüber hinaus ermächtigt Art. 20a BVG die Vorsorgeeinrichtung, in ihrem Reglement weitere begünstigte Personen für die Hinterlassenenleistung – als Rente oder Todesfallkapital¹ – vorzusehen. Dabei muss sich die Vorsorgeeinrichtung an die in dieser Bestimmung vorgegebene Rangordnung halten und darf den Kreis der Begünstigten nicht erweitern. Im Wesentlichen gleichartige Bestimmungen sind für Freizügigkeitseinrichtungen (Art. 15 BVV 2) und Einrichtungen der weiteren anerkannten Vorsorgeformen (Art. 2 BVV 3) vorgesehen.

Prätendenten auf Hinterlassenenleistungen

Die erste Kategorie der nach Art. 20a Abs. 1 BVG zusätzlich begünstigten Personen umfasst die natürlichen Personen, die vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind, die Per-

son, die mit ihm in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss (lit. a). Bestehen keine solchen Beziehungen, sind in zweiter Linie die Kinder des Verstorbenen, die keinen Anspruch auf eine Waisenrente haben, sowie die Eltern und Geschwister Begünstigte (lit. b). Fehlen auch solche, kommen die gesetzlichen Erben unter Ausschluss des Gemeinwesens (lit. c) zum Zuge.

Nur wenn eine Unterstützung erheblich war oder eine Beziehung die Qualifikationsmerkmale der Lebensgemeinschaft erfüllte, gehen die in der ersten Kategorie genannten Personen den nachrangigen Verwandten vor. Dies ist im Einzelfall durch eine Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zu ermitteln, wobei die Rechtsprechung verschiedene, teils wegleitende Kriterien entwickelt hat. Eine erhebliche Unterstützung innerhalb einer Haushaltsgemeinschaft liegt vor, wenn der Versicherte mehr als die übrigen Personen zur Bestreitung der gemeinsamen Lebenshaltungskosten beigetragen hat,² und auch

² S. dazu BGE 131 V 31 f. E. 5.1; mangels eigenständiger Rechtsgrundlage konnte bei Lebensgemeinschaften bis Ende 2004 eine Begünstigung nur im Fall der erheblichen Unterstützung erfolgen.

gegenüber in einem eigenen Haushalt lebenden Personen ist sie nur anzunehmen, wenn der Versicherte regelmässig und dauerhaft den überwiegenden Teil der Lebenshaltungskosten der unterstützten Person übernimmt.³

In Kürze

- > Die gerichtliche Hinterlegung einer strittigen Forderung kann die Vorsorgeeinrichtung nicht von einem Prätendentenstreit dispensieren
- > Formelle reglementarische Anspruchsvoraussetzungen für Begünstigtenleistungen erachtet das Bundesgericht als allgemein zulässig; sie können das Risiko von Prätendentenstreiten reduzieren

Der Begriff der Lebensgemeinschaft ist weit gefasst: Unbeachtlich ist, ob es sich um eine gegen- oder gleichgeschlechtliche Beziehung handelt, und eine ständige und ungeteilte Wohngemeinschaft ist kein

³ Unveröffentlichtes Urteil des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich vom 26. März 2007 (BV.2006/00005).

Autor

Kurt C. Schweizer
Dr. iur., Schweizer
Neuenschwander &
Partner, Zollikon



¹ Hans-Ulrich Stauffer, Berufliche Vorsorge, Zürich 2005, 262 (Rz 705).

begriffsnotwendiges Element.⁴ Sie liegt auf jeden Fall vor, wenn davon auszugehen ist, die Partner hätten einander in einer echten Notlage welcher Art auch immer Hilfe und Beistand geleistet, so wie es zwischen Eheleuten und Konkubinatspartnern erwartet wird.⁵

Verwandte, die das Vorliegen einer derartigen Lebensgemeinschaft verneinen, werden neben dem Lebenspartner als weiterem Prätendenten gegenüber der Vorsorgeeinrichtung einen Anspruch auf Hinterlassenenleistung geltend machen.⁶ Sie ist mit dem Risiko der Doppelzahlung konfrontiert, falls sie an die eine Partei leistet und die andere auf dem Klageweg ein besseres Recht geltend macht.

Beschränkte Wirkung einer gerichtlichen Hinterlegung

Ein jüngerer Bundesgerichtsentscheid weist die grundsätzlich leistungsbereite Vorsorgeeinrichtung auf die Möglichkeit der gerichtlichen Hinterlegung hin, die das Risiko der Doppelzahlung ausschaltet.⁷ Indem sich die Vorsorgeeinrichtung auf diese Weise zudem von ihrer Leistungspflicht befreit,⁸ verhindert sie, dass Verzugsfolgen eintreten oder andauern.⁹ Unterlässt sie es hingegen, sich von ihrer Schuldpflicht zu befreien, solange nicht gerichtlich festgestellt wurde, an wen sie zu leisten hat, gerät sie in Verzug.

Die gerichtliche Hinterlegung ist ein Institut des Privatrechts, dem auch der reglementarische und damit vorsorgever-

tragliche Anspruch der begünstigten Person¹⁰ untersteht. Vorausgesetzt ist in Art. 96 OR¹¹ grundsätzlich lediglich Ungewissheit über die Person des Gläubigers. Sie darf nicht dem Schuldner anzu-lasten sein, und unverschuldete Ungewissheit wird verneint, wenn der Schuldner einen unklaren Vertrag aufgesetzt hat, aus dem zwei oder mehrere Personen Rechte geltend machen können.¹²

Der Schuldner kann eine Forderung nur mit Bewilligung des Richters hinterlegen (Art. 92 Abs. 2 OR).¹³ Es handelt sich um ein Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit¹⁴, und zuständig ist im Kanton Zürich der Einzelrichter im summarischen Verfahren (§ 220 ZPO) am Sitz des Schuldners (Art. 11 GestG). Ob die Voraussetzungen für eine Hinterlegung erfüllt sind, ist glaubhaft zu machen; darüber und somit auch über die Frage, ob sich der Schuldner durch die Hinterlegung rechts-gültig von seiner Leistungspflicht befreien konnte, wird erst in einem folgenden, ordentlichen Verfahren definitiv entschieden, in dem der Gläubiger seinen Anspruch und damit die Herausgabe geltend macht.¹⁵ Nach zürcherischem Prozessrecht erlässt der Einzelrichter die zur Herausgabe erforderlichen Verfügungen (§ 220 Abs. 2 ZPO). Diese bezeichnen in der Regel die Gerichtskasse als Hinterlegungsstelle und dienen im Übrigen dazu, die beförderliche

Freigabe herbeizuführen.¹⁶ Dazu kann die Fristansetzung zur Klageeinleitung mit Zuteilung der Klägerrolle an einen Prätendenten gehören.¹⁷

Durch Hinterlegung kann die Vorsorgeeinrichtung nicht erwirken, dass die Prätendenten den Streit über ihre Berechtigung unter sich austragen müssen. Sie kann sich also nicht von der Teilnahme an einer gerichtlichen Auseinandersetzung dispensieren. Eine Klage richtet sich nach wie vor gegen die Vorsorgeeinrichtung¹⁸; andere Prätendenten werden durch Beiladung¹⁹ in das Verfahren einbezogen.²⁰

Die Wirkungen einer Hinterlegung sind somit darauf beschränkt, dass die Vorsorgeeinrichtung mit rechts-gültiger Hinterlegung erfüllt hat²¹ und nur bis zu diesem Zeitpunkt verzugszinspflichtig ist. Um dies zu erreichen, muss sie aber in einem speziellen gerichtlichen Verfahren ihre Berechtigung zur Hinterlegung glaubhaft machen und riskiert, abgewiesen zu werden, beispielsweise weil der Richter ihr als Verfasserin des Reglements die Ungewissheit über die Person des Gläubigers anlastet. Zwar bedeutet das summarische Verfahren keinen grossen Aufwand, doch hängt von der spezifischen Konstellation ab, ob ihn die beschränkten Vorteile einer bewilligten Hinterlegung aufwiegen.

Reglementarischer Gestaltungsspielraum

Ob eine Vorsorgeeinrichtung das Risiko vermindern kann, in einen Prätendentenstreit hineingezogen zu werden, indem sie reglementarische Bestimmungen erlässt, die zusätzlich formelle Voraussetzungen für eine andernfalls auslegungsbedürftige Berechtigung vorsehen, hängt davon ab, in welchem Rahmen solche überhaupt zuläs-

⁴ BGE 134 V 370 ff., insb. 374 ff. (E. 6) und 379 ff. (E. 7).

⁵ BGE 134 V 384.

⁶ S. Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 12. Dezember 2008 (9C_550/2008).

⁷ BGE 134 V 373 f.; vgl. auch Markus Moser, Die Lebensgemeinschaft in der beruflichen Vorsorge nach geltendem und künftigen Recht unter Berücksichtigung der Begünstigtenordnung gemäss Art. 20a BVG, in: AJP 2004, 1508.

⁸ René Bussien, Die gerichtliche Hinterlegung nach Zürcher Zivilprozess, Diss. Zürich 1981, 224, grenzt die Befreiung gegenüber der Erfüllung ab.

⁹ Bussien (zit. Fn 8), 216; s. auch Martin Bernet, Basler Kommentar Obligationenrecht I (Art. 1–529 OR), 4. A., Basel 2007, Art. 92 N 1; Rolf H. Weber, Berner Kommentar zu Art. 68–96 OR, 2. A., Bern 2005, Art. 96 N 28.

¹⁰ Es liegt ein Vertrag zugunsten Dritter im Sinne von Art. 112 Abs. 2 OR vor, vgl. Hans Michael Riemer, Vorsorge-, Fürsorge- und Sparverträge der beruflichen Vorsorge, in: Innominatverträge, Festgabe zum 60. Geburtstag von Walter R. Schlupe, Zürich 1988, 240; Hans Michael Riemer/Gabriela Riemer-Kafka, Die berufliche Vorsorge in der Schweiz, 2. A., Bern 2006, 157 (§ 7 Rz 174).

¹¹ Ausser auf die in der abtretungsrechtlichen Sonderbestimmung von Art. 168 OR geregelten Sachverhalte findet diese Norm Anwendung auf alle Fälle eines Prätendentenstreits, vgl. Weber (zit. Fn 9), Art. 96 N 17.

¹² Weber (zit. Fn 9), Art. 96 N 24; Bernet (zit. Fn 9), Art. 96 N 3.

¹³ Nur wenn Waren hinterlegt werden sollen, die vernünftigerweise in einem Lagerhaus aufbewahrt werden können, kann auf eine richterliche Bewilligung verzichtet werden, s. Weber (zit. Fn 9), Art. 92 N 109.

¹⁴ Weber (zit. Fn 9), Art. 92 N 91.

¹⁵ S. Weber (zit. Fn 9), Art. 96 N 33 und Art. 92 N 101.

¹⁶ Richard Frank/Hans Sträuli/Georg Messmer, Kommentar zur zürcherischen Zivilprozessordnung, 3. A., Zürich 1997, § 220 N 7.

¹⁷ Frank/Sträuli/Messmer (zit. Fn 16), § 220 N 7a; Weber (zit. Fn 9), Art. 96 N 34.

¹⁸ S. Weber (zit. Fn 9), Art. 96 N 34.

¹⁹ S. Christian Zünd, Kommentar zum Gesetz über das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich, Zürich 1998, § 13 N 23 ff.

²⁰ S. BGE 134 V 370 lit. B. sowie Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 12. Dezember 2008, lit. B. (9C_550/2008).

²¹ Bei der Hinterlegung handelt es sich aber um ein Erfüllungssurrogat, s. Bussien (zit. Fn 8), 66 ff.

sig sind. Allgemein anerkannt ist, dass die zwingende Natur der Kaskadenordnung eine Erweiterung des Personenkreises und Umstellungen in der Rangfolge ausschliesst. Einschränkungen dürfen nicht dazu führen, dass eine Berechtigtenkategorie infolge Einführung zusätzlicher Erfordernisse übersprungen und damit die Kaskadenordnung umgangen wird.²²

Bei Begünstigtenordnungen mit nachrangigen Kategorien ist eine reglementarische Prioritätenordnung innerhalb einer Kategorie möglich und sinnvoll.²³ So wurde es als zulässig erachtet zu verlangen, dass der begünstigte Lebenspartner aus einem zwei Jahre vor dem Tod des Versicherten hinterlegten Unterhaltsvertrag hervorgeht, wenn die Vorsorgeeinrichtung lediglich eine auf die erste Kategorie beschränkte Begünstigtenordnung von Art. 20a Abs. 1 BVG kennt.²⁴ Es ist davon auszugehen, dass eine solche Bestimmung eine Anspruchsvoraussetzung und nicht bloss eine Beweisvorschrift mit Ordnungscharakter enthält.²⁵

Fraglich erschien hingegen bis vor Kurzem die Zulässigkeit zusätzlicher regle-

mentarischer Anspruchsvoraussetzungen (Unterstützungsverträge und Begünstigungserklärungen), da der Versicherte mittels bewussten Verzichts darauf, die erforderlichen Unterlagen einzureichen, eine in seinem Ermessen liegende Zuteilung vornehmen und dadurch die Kaskadenordnung umgehen könnte.²⁶ Nun geht das Bundesgericht in einem jüngeren Urteil von der Zulässigkeit solcher reglementarischer Anspruchsvoraussetzungen aus;²⁷ da diese Erwägung jedoch nicht entscheiderelevant war, könnte es verfrüht sein, die Rechtslage als definitiv geklärt zu betrachten.

Vorsorgeeinrichtungen können das Risiko, in Prätendentenstreitigkeiten verwickelt zu werden, dadurch minimieren,

²⁶ So Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern (zit. Fn 24), 94; ebenso wohl BSV-Mitteilungen (zit. Fn 23), Ziff. 472; Stauffer (zit. Fn 1), 264 (Rz 708); Moser (zit. Fn 7), 1512, spricht sich für die Zulässigkeit von individuellen Begünstigungsabreden aus, die nicht nur innerhalb einer Begünstigtengruppe eine Prioritätenordnung festlegen, sondern darüber hinaus auch die Rangfolge der vordefinierten Begünstigtenkategorien ändern; die Zulässigkeit von Begünstigungserklärungen impliziert auch das Merkblatt Begünstigungsordnung nach Art. 20a BVG des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungen des Kantons Zürich vom Dezember 2005.

²⁷ BGE 134 V 378, allerdings unter Hinweis auf Belege, deren Mehrzahl sich auf die Rechtslage vor Einführung von Art. 20a BVG bezog.

dass sie in ihr Reglement klare formelle Anspruchsvoraussetzungen aufnehmen.²⁸ Gemäss der erwähnten höchstrichterlichen Rechtsprechung muss es zulässig sein, wenn die Vorsorgeeinrichtung die Ausrichtung von Leistungen an überlebende Lebenspartner oder an vom Versicherten unterstützte Personen davon abhängig macht, dass der Versicherte die Beziehung oder die Unterstützung der Vorsorgeeinrichtung in schriftlicher Form meldet und gegebenenfalls sogar – da eine Beendigung der Beziehung oder der Unterstützung nicht ohne Weiteres zu erkennen ist – in periodischen Intervallen erneuert. Dadurch wird das Risiko, wonach nachrangige Hinterbliebene geltend machen, die Beziehung oder Unterstützung hätte die minimalen Qualifikationsmerkmale für eine Begünstigung gar nicht erfüllt, nicht gänzlich beseitigt, doch könnte eine solche Regelung dazu beitragen, dass die Häufigkeit von Prätendentenstreitigkeiten zurückgeht. ■

²⁸ Das Merkblatt der zürcherischen Aufsichtsbehörde zur Begünstigtenordnung (zit. Fn 26) äussert sich allerdings kritisch zur Zulässigkeit von Verwirkungsfristen für die Geltendmachung einer Leistung durch Begünstigte, die der Vorsorgeeinrichtung vor Eintritt des Leistungsfalls nicht bekannt gegeben werden mussten.

²² Riemer/Riemer-Kafka (zit. Fn 10), 120 (§ 7 N 63).

²³ Bundesamt für Sozialversicherung, Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 79, Ziff. 472.

²⁴ Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern vom 18. Juli 2007 (BV67962), in: BVR 2008, 90 ff.

²⁵ BGE 133 V 317 ff., E. 4.2 f.

Les contentieux entre prétendants: l'envers de la médaille de l'ordre des bénéficiaires selon art. 20a LPP

Recours pas exclus

L'ordre des bénéficiaires tel qu'établi à l'art. 20a LPP offre aux institutions de prévoyance la possibilité de verser des prestations de survivants à un cercle plus étendu de personnes qui étaient liées à l'assuré défunt. Parfois, il faut en appeler aux tribunaux pour décider si quelqu'un remplit les critères requis.

Ont droit aux prestations pour survivants le conjoint survivant (art. 19 al. 1 et 2 LPP), ainsi que le conjoint divorcé (art. 19 al. 3 LPP) et le ou la partenaire enregistré (art. 19a LPP) qui lui sont assimilés pour autant qu'ils remplissent les conditions de l'art. 20 OPP 2 et enfin, les orphelins et les enfants recueillis dont le défunt avait la charge (art. 20 LPP) pour la période définie à l'art. 22 LPP. L'art. 20a LPP autorise en outre l'institution de prévoyance à prévoir dans son règlement des prestations pour d'autres ayants droit sous forme de rente ou de capital-décès.¹ L'institution de prévoyance devra cependant respecter l'ordre des bénéficiaires prévu dans cette disposition réglementaire et elle ne pourra étendre le cercle des bénéficiaires. Des dispositions plus ou moins similaires sont prévues pour les institutions de libre passage (art. 15 OPP 2) et pour les autres formes de prévoyance reconnues (art. 2 OPP 3).

Les prétendants aux prestations pour survivants

La première catégorie d'autres ayants droit selon l'art. 20a al. 1 LPP englobe les personnes à charge du défunt, la personne qui avait formé avec ce dernier une communauté de vie ininterrompue d'au moins cinq ans immédiatement avant le décès ou qui doit subvenir à l'entretien d'un ou de plusieurs enfants communs (let. a). A défaut, seront bénéficiaires en deuxième ligne les

enfants du défunt qui n'ont pas droit à une rente d'orphelin, ainsi que les parents et les frères et sœurs (let. b). Si eux aussi font défaut, les autres héritiers légaux à l'exclusion des collectivités publiques (let. c) pourront prétendre aux prestations.

Les personnes citées dans la première catégorie auront seulement la préséance sur les membres de la famille classés après elles lorsqu'elles bénéficiaient d'un soutien considérable ou qu'une relation remplissait les critères qualitatifs de la communauté de vie, ce qu'il faudra vérifier au cas par cas sur la base des conditions effectives et en fonction de divers critères référentiels qui ont été mis au point par la jurisprudence. L'entretien au sein d'un ménage commun sera qualifié de considérable lorsque l'assuré y a contribué plus que les autres personnes²; pour des personnes vivant dans leur propre ménage, il sera seulement supposé si l'assuré subvenait régulièrement, durablement et de façon prépondérante à l'entretien des personnes entretenues.³

La notion de communauté de vie est prise au sens large. Le fait qu'une relation ait été homosexuelle ou hétérosexuelle ne

joue aucun rôle, tout comme la cohabitation permanente et indivise n'est pas un élément intégratif impératif de la définition.⁴ Elle est en tous les cas donnée lorsqu'il paraît établi qu'en cas de situation de détresse réelle, chacun des partenaires aurait assisté et entretenu l'autre comme on peut l'attendre d'un conjoint ou d'un concubin.⁵

En bref

- > La consignation judiciaire d'une prétention disputée ne peut dispenser l'institution de prévoyance d'un litige entre prétendants
- > Le tribunal fédéral estime généralement admissible la définition formelle dans les règlements de conditions donnant droit aux prestations pour bénéficiaires; c'est un moyen de diminuer le risque d'un contentieux entre prétendants

Les membres de la famille qui nient ce genre de communauté de vie vont faire valoir leurs propres prétentions aux prestations pour survivants envers l'institution de prévoyance parallèlement au partenaire qui formait une communauté de vie avec le défunt.⁶ L'institution de prévoyance risque alors d'être confrontée à l'obligation de payer deux fois si elle sert des prestations à une partie et que l'autre peut faire valoir un meilleur droit par voie judiciaire.

L'effet limité d'une consignation judiciaire

Un arrêt du tribunal fédéral assez récent attire l'attention de l'institution de

² Voir à ce sujet ATF 131 V 31 f E. 5.1; à défaut d'une base juridique autonome, seul une participation considérable à l'entretien pouvait fonder jusqu'à fin 2004 l'inclusion dans le cercle des bénéficiaires en cas de communauté de vie.

³ Jugement non publié du tribunal des assurances sociales du canton de Zurich du 26 mars 2007 (BV. 2006/00005).

⁴ ATF 134 V 370 ss., en particulier 374 ss. (E. 6) et 379 ss. (E. 7).

⁵ ATF 134 V 384.

⁶ Voir jugement du tribunal fédéral suisse du 12 décembre 2008 (9C_550/2008).

¹ Hans-Ulrich Stauffer, Berufliche Vorsorge, Zurich 2005, 262 (chif. marg. 705).

prévoyance qui est en principe disposée à servir des prestations sur la possibilité de la consignation judiciaire pour éviter le risque du double versement.⁷ En se libérant de cette manière de son obligation de servir des prestations,⁸ elle évite la survenue ou la continuation des conséquences d'une demeure.⁹ En effet, si l'institution de prévoyance omet de se libérer de son obligation de prestation tant que les tribunaux n'ont pas établi à qui cette prestation est effectivement due, elle va se mettre en demeure.

La consignation judiciaire est une institution du droit privé à laquelle est également subordonnée le droit réglementaire de l'ayant droit régi par le contrat de prévoyance¹⁰. En principe, l'art. 96 CO¹¹ prévoit seulement l'incertitude sur la personne du créancier. L'incertitude ne doit pas être de la faute du débiteur et l'incertitude sans faute est niée lorsque le débiteur a rédigé un contrat qui n'est pas clair et qui permet de ce fait à deux ou plusieurs personnes de faire valoir des prétentions.¹²

Le débiteur peut seulement consigner une créance avec l'autorisation du juge

(art. 92 al. 2 CO)¹³. Il s'agit d'une procédure de la juridiction gracieuse¹⁴ et dans le canton de Zurich, le juge unique au siège du débiteur (art. 11 LFor) est compétent par procédure sommaire (§220 CPZ). Il faudra établir la justification d'une consignation; la décision sur la question de savoir si les conditions d'une consignation sont remplies et de ce fait, si le débiteur a pu se défaire de son obligation de fournir des prestations, ne sera définitivement réglée que dans la procédure ordinaire consécutive où le créancier fera valoir son droit à la remise de la chose consignée.¹⁵ Dans la procédure zurichoise, c'est le juge unique qui décrète les dispositions nécessaires à la remise (§220 al. 2 CPZ). Ces dernières désignent en règle générale la caisse du greffe comme lieu de la consignation et doivent servir au reste à obtenir une libération expéditive.¹⁶ Parmi ces dispositions peut figurer la définition d'un délai pour l'introduction de la plainte avec affectation du rôle de demandeur à un prétendant.¹⁷

Par la consignation, l'institution de prévoyance ne peut pas arriver à ce que les prétendants doivent régler le contentieux entre eux. Elle ne peut donc pas se dispenser de la participation à un litige devant les tribunaux. Une plainte sera néanmoins déposée contre l'institution de prévoyance¹⁸; par assignation en intervention¹⁹, d'autres ayants droit seront mêlés à la procédure.²⁰

Les effets d'une consignation se limitent donc au fait qu'au travers de la consignation valide, l'institution de prévoyance

a rempli ses obligations²¹ et que les intérêts seront seulement dus jusqu'à ce moment-là. Mais pour en arriver là, elle devra par procédure judiciaire spéciale justifier de manière plausible de son droit à consignation et risquer d'être déboutée, par exemple parce que le juge la désigne elle, en tant qu'auteur du règlement, comme responsable de l'incertitude sur la personne du créancier. S'il est vrai que la procédure sommaire ne représente pas un grand investissement, il faudra voir selon la constellation spécifique si l'effort en vaut la peine, étant donné les avantages limités que procure une consignation autorisée. ■

Kurt C. Schweizer

⁷ ATF 134 V 373 s.; cf. aussi Markus Moser, Die Lebensgemeinschaft in der beruflichen Vorsorge nach geltendem und künftigen Recht unter Berücksichtigung der Begünstigtenordnung gemäss art. 20a BVG, in: PJA 2004, 1508.

⁸ René Bussien, Die gerichtliche Hinterlegung nach Zürcher Zivilprozess, diss. Zurich 1981, 224, délimite la libération de l'obligation d'exécution.

⁹ Bussien (cit. note 8), 216; cf. aussi Martin Bernet, Commentaire bâlois du droit des obligations I (art. 1–529 CO), 4. E., Bâle 2007, art. 92 N 1; Rolf H. Weber, Commentaire bernois des art. 68–96 CO, 2. E., Berne 2005, art. 96 N 28.

¹⁰ Il existe un contrat en faveur de tiers au sens de l'art. 112 al. 2 CO, cf. Hans Michael Riemer, Vorsorge-, Fürsorge- und Sparverträge der beruflichen Vorsorge, in: Innominatverträge, plaquette à l'occasion du 60e anniversaire de Walter R. Schlupe, Zurich 1988, 240; Hans Michael Riemer/Gabriela Riemer-Kafka, Die berufliche Vorsorge in der Schweiz, 2. E., Berne 2006, 157 (§ 7 chif. marg. 174).

¹¹ Sauf pour les états de faits réglés par la disposition spéciale de l'art. 168 CO concernant le droit de cession, cette norme est appliqué dans tous les cas de contentieux entre prétendants, cf. Weber (cit. note 9), art. 96 N 17.

¹² Weber (cit. note 9), art. 96 N 24; Bernet (cit. note 9), art. 96 N 3.

¹³ Seulement si les choses à consigner sont des marchandises que la raison commande de consigner dans un entrepôt, on pourra se passer de l'autorisation du juge, voir Weber (cit. note 9), art. 92 N 109.

¹⁴ Weber (cit. note 9), art. 92 N 91.

¹⁵ Voir Weber (cit. note 9), art. 96 N 33 et art. 92 N 101.

¹⁶ Richard Frank/Hans Sträuli/Georg Messmer, Kommentar zur zürcherischen Zivilprozessordnung, 3. E., Zurich 1997, §220 N 7.

¹⁷ Frank/Sträuli/Messmer (cit. note 16), § 220 N 7a; Weber (cit. note 9), art. 96 N 34.

¹⁸ Voir Weber (cit. note 9), art. 96 N 34.

¹⁹ Voir Christian Zünd, Kommentar zum Gesetz über das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich, Zurich 1998, § 13 N 23 ss.

²⁰ Voir ATF 134 V 370 let. B. ainsi que le jugement du tribunal fédéral suisse du 12 décembre 2008, let. B. (9C_550/2008).

²¹ La consignation tient cependant lieu de remplacement de l'exécution, cf. Bussien (cit. note 8), 66 ss.